

Unternehmen Milch: Bauern warnen vor falschen Weichenstellungen



[Vergrößern](#)

Resolution an Agrarsprecher Bleser übergeben

Die Führungsspitze des Netzwerkes „Unternehmen Milch“ (UM) übergab dem agrarpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Bleser, auf dessen Milchviehbetrieb in Brachtendorf, Landkreis Cochem in der Eifel, eine Resolution zur Milchpolitik. Der Bundessprecher des Netzwerkes, Fritz Jäger, und der Sprecher für Niedersachsen, Norbert Lübbers, machten klar, dass das „Unternehmen Milch“ die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Milchbauern sichern will. Dieses Ziel müsse konsequent im Auge behalten werden. Sie forderten die Politik auf, sich nicht von sachfremden Forderungen in die Irre führen zu lassen. Das teilt der Bauern- und Winzerverband Rheinland-Nassau, Koblenz, am 21. Oktober 2008 mit.

Der Milchstreik sei nicht von der Mehrheit der deutschen Milcherzeuger getragen worden. Er sei ein Mißerfolg, weil die Entscheidung, die zu diesem Streik geführt habe, die marktwirtschaftlichen Gesetze nicht berücksichtigt habe. Auch eine Milchparade könne nicht dazu beitragen, den Milchstreik schön zu reden, so der Sprecher. Nur ein politischer Weg, der die Landwirtschaft verantwortungsbewusst in die Marktwirtschaft entlasse, helfe letztlich den Betrieben.

Unternehmen Milch: Streik-Ausfälle müssen Milchbauern teuer bezahlen

Laut Aussage des Netzwerkes „Unternehmen Milch“ (UM) stünden 70 Prozent aller deutschen Milchbetriebe nicht hinter einer Fortführung der Milchstreikpolitik, sondern wären für marktwirtschaftliche Regelungen. Die durch den Lieferstreik entstandenen Ausfälle müssten die Milchbauern nun teuer bezahlen. Die Auszahlungspreise stagnierten und die laufenden Verhandlungen mit dem Lebensmitteleinzelhandel seien von einer massiven Kaufzurückhaltung der Verbraucher geprägt. Preiserhöhungen führten nun einmal zu einem Nachfragerückgang.

Während der Lieferengpässe exportierten, so Jäger, französische Unternehmen rund 60 Mio. kg Milch zusätzlich nach Italien, um dort die eingebrochenen deutschen Exporte zu kompensieren. Der italienische Markt habe seither nur teilweise von den deutschen Anbietern zurückerobert werden können. Im ersten Halbjahr dieses Jahres seien 30 Prozent mehr ausländische Rohmilch nach Deutschland eingeführt worden. Die Einfuhr von abgepackter Milch sei sogar um 35 Prozent angestiegen.

Künstliche Verknappung der deutschen Quote würde zu steigenden Produktionskosten führen

Die Einstellung der zweiprozentigen Quotenerhöhung in der nationalen Reserve, die Änderung des Umrechnungsfaktors ohne Quotenausgleich und die Abschaffung der Saldierung, würden auf eine einseitige nationale Mengenreduzierung hinauslaufen. Von diesen Zielen würden keine positiven Effekte auf den Milchmarkt ausgehen. Diese künstliche Verknappung der deutschen Quote ziehe höhere Quotenkosten für die deutschen Milchbauern nach sich und führe insgesamt zu steigenden Produktionskosten, so die Vertreter der „Unternehmen Milch“.

Das Netzwerk rufe die Politik auf, auch den aktiven Milcherzeugern die EU-weite zweiprozentige Quotenerhöhung zuzuteilen, die Molkerei- und die Bundessaldierung beizubehalten und den Umrechnungsfaktor für Milch nicht zu ändern.

Bleser warnt vor falschen Weichenstellungen in der Milchpolitik

Vor falschen Weichenstellungen in der Milchpolitik hat auch der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Bleser, gewarnt. "Einseitige nationale Maßnahmen zur Änderung der Milchmarktordnung liegen nicht im Interesse der deutschen Milcherzeuger", entgegnete Bleser. Eine Reduzierung des heimischen Angebots koste die deutsche Milchwirtschaft Marktanteile und gehe zu Lasten von Einkommen und Wertschöpfung in der Milchproduktion. Der Bundesrat sei daher gut beraten, sich in den anstehenden Entscheidungen über zwei Verordnungsentwürfe des Bundeslandwirtschaftsministeriums klug zu verhalten und alles zu vermeiden, "was dem wichtigsten Produktionsbereich der deutschen Landwirtschaft schaden könnte".

Er halte weder eine Abschaffung der Molkereisaldierung für sachgerecht noch eine Anhebung des Umrechnungsfaktors für die Volumenumrechnung der Milch mit der Folge einer rund einprozentigen Quotenkürzung für die Erzeuger, betonte der CDU-Politiker. Dies wären aus seiner Sicht "falsche Signale" auf Kosten der deutschen Milchproduzenten. Die Erwartung, mit einer Beschränkung des deutschen Angebots ließe sich der Milchpreis verbessern, bezeichnete Bleser als "Wunschdenken", das an den tatsächlichen Verhältnissen auf den Märkten vorbeigehe.

Anhebung des Umrechnungsfaktors würde Quotenkürzung bedeuten

Mit der Siebten Verordnung zur Änderung der Milch-Güteverordnung soll der Faktor für die Umrechnung der Milch von Volumen in Gewicht mit Beginn des kommenden Milchwirtschaftsjahres von 1,02 auf 1,03 angehoben werden. Das Ministerium folgt damit eigenen Angaben zufolge einem Auftrag des sogenannten "Milchgipfels" Ende Juni in Berlin. Dort hatte vor allem der Bund Deutscher Milchviehhalter (BDM) die Forderung nach konkreten Maßnahmen zur Reduzierung der Milchmenge erhoben.

Die vorgeschlagene Anhebung des Umrechnungsfaktors bedeutet tatsächlich für die Milcherzeuger de facto eine knapp einprozentige Quotenkürzung. Dass eine um 1 % reduzierte Milchmenge in Deutschland in einem europäischen Binnenmarkt eine Preisreaktion auslöst, halten Experten jedoch für sehr unwahrscheinlich.

Einseitige Maßnahmen zur Produktionsdrosselung in Deutschland nicht zielführend

Bleser bezeichnete einseitige Maßnahmen zur Produktionsdrosselung in Deutschland als nicht zielführend. "Damit überlassen wir anderen Ländern das Feld", warnte der CDU-Politiker. Als einen Beleg für zunehmende Absatzchancen auf den internationalen Märkten wertete er eine jüngst eingegangene Anfrage aus China nach der Lieferung von 50 000 t Milchpulver. Die deutsche Milchwirtschaft sollte seiner Ansicht nach auf dieses Angebot eingehen. Die Politik müsse die Voraussetzungen schaffen, indem sie die erforderlichen Exporterstattungen gewähre. Bleser: "Wir sollten dieses Instrument nutzen, so lange es zur Verfügung steht."

Eine Abschaffung der Molkereisaldierung wäre nach seiner Einschätzung zumindest für einige Regionen problematisch. Wer nicht wolle, dass Milch aus bestimmten Gebieten in größeren Umfang abfließe, müsse bis auf weiteres an der Molkereisaldierung festhalten. Keinen Sinn sieht der CDU-Politiker in einem Aussetzen der Bundessaldierung. Den Weg, zunächst in großem Umfang Superabgabe einzunehmen, um sie dann an die Erzeuger zurückzuzahlen oder in Milchförderprogramme zu stecken, halte er für "wenig effizient, ausgesprochen bürokratisch und nicht marktgerecht".

Forderung nach Einrichtung eines Milchfonds bekräftigt

Bleser bekräftigte seine Forderung nach Einrichtung eines Milchfonds im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Auslaufen der Quotenregelung im Jahr 2015: "Wir brauchen wirksame Begleitmaßnahmen, um die Betriebe dabei zu unterstützen, sich auf offene Märkte einzustellen und die Milcherzeugung in benachteiligten Gebieten zu stützen." Eine Finanzierung müsse dabei ausschließlich aus EU-Mitteln innerhalb der Agrarleitlinie erfolgen.



21.10.2008